



EvB

Erklärung von Bern

Dichiarazione di Berna

Déclaration de Berne

Marianne Hochuli, Fachbereichsleiterin Handelspolitik, EvB

Kritik an bilateraler Strategie der Schweiz und der EFTA

Im Rahmen der EFTA spielt die Schweiz eine äusserst aktive Rolle und setzt sich unermüdlich dafür ein, mit ökonomisch attraktiven Entwicklungsländern bilaterale Freihandelsabkommen abzuschliessen.

Folgende **Probleme** sind für Entwicklungsländer damit verbunden:

1) Bilaterale Freihandelsabkommen fordern von Entwicklungsländern WTO-Plus-Verpflichtungen – diese untergraben die multilateralen Handelsregeln

Die Schweiz drängt die Entwicklungsländer dazu, ihre Märkte weit zu öffnen und rigide Gesetze zum Schutz des geistigen Eigentums einzuführen, die weit über die WTO-Regelungen hinausgehen.

Beispiele:

- Im **Dienstleistungssektor** fordert die **Schweiz** gar die **Umkehr des Verhandlungsmodus, wie er in der WTO praktiziert wird**. Während unter dem WTO-Dienstleistungsabkommen GATS lediglich diejenigen Sektoren, die zur Liberalisierung freigegeben werden, ausdrücklich angegeben werden, (so genannte Positivlisten), müssen die Entwicklungsstaaten fortan in den bilateralen Abkommen der Öffnung aller Dienstleistungssektoren zustimmen, es sei denn, ein Land bedingt sich ausdrücklich einen Vorbehalt aus. Damit sind auch neuartige Dienstleistungen, die sich erst nach der Verhandlung eines Freihandelsabkommens entwickeln, beispielsweise im Finanz- oder Informationstechnologiebereich – automatisch dem Freihandelsabkommen unterstellt. Die Schweiz fordert u.a. auch eine weitgehende Öffnung des Banken- und Versicherungssektors und Abschaffungen von Schutzregelungen. Dies in einer Zeit, wo die Kontrolle der Finanzflüsse nötiger ist als je. Ausländische Banken konzentrieren ihr Angebot lediglich auf die wohlhabende Kundschaft. Den einheimischen Banken verbleiben die risikoreichen Geschäfte. Der indische Ökonom Kavaljit Singh befürchtet denn auch eine rapide Schwächung des einheimischen Bankensektors und die Verschlechterung der Kreditmöglichkeiten für KMU in Entwicklungsländern.

- **Investitionsklauseln** stärken die Rechte von Investoren, fordern aber im Gegenzug keinerlei Verpflichtungen. Obwohl die Entwicklungsländer Investitionsklauseln im Rahmen der WTO klar verworfen haben, drängen die EFTA-Staaten in bilateralen Abkommen auf solche. Solche einseitig zugunsten von Investoren zugeschnittene Rechte schmälern die Möglichkeiten von Regierungen, Vorschriften zu erlassen, damit Investitionen auch wirklich dem Gastland und der ansässigen Bevölkerung zugute kommen.

- **Geistige Eigentumsrechte**: Nachdem sich die Entwicklungsländer im WTO-Rahmen einigermassen flexible Lösungen erkämpft haben, drängen nun die EFTA-Staaten auf derart strikte Geistige Eigentumsrechte, dass eine schnelle Markteinführung von Generika

verhindert wird. Dies bevorteilt einseitig die Monopolrechte der Pharmaindustrie – zum Nachteil der Patent/innen, die auf erschwingliche Medikamente angewiesen sind. Auch im Landwirtschaftsbereich werden die Rechte der Landwirt/innen und das Recht der ZüchterInnen auf freien Zugang zu genetischen Ressourcen für die Weiterzucht eingeschränkt.

2) Fehlende Transparenz

Die Verhandlungen zu den bilateralen Freihandelsabkommen sind noch intransparenter als diejenigen in der WTO. Sowohl Parlamentsabgeordnete als auch zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich seit vielen Jahren mit Handelspolitik beschäftigen, sind über die Regierungspläne schlecht bis gar nicht informiert. Obwohl im Falle von Indonesien und Indien Machbarkeitsstudien erstellt wurden, wurden deren Ergebnisse bis anhin unter Verschluss gehalten.

3) UNCTAD warnt vor Verlust des Handlungsspielraums

In ihrem Bericht zu Handel und Entwicklung 2007 warnt die UNCTAD die Länder des Südens davor, bilaterale Freihandelsabkommen mit nördlichen Ländern abzuschliessen. Die südlichen Länder könnten dadurch den dringend notwendigen Handlungsspielraum verlieren, um eine ihrer Entwicklung angemessene Handels- und Entwicklungspolitik zu formulieren.

4) Nichtregierungsorganisationen weltweit fordern immer lauter ein Moratorium weiterer bilateraler Freihandelsabkommen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern

Während die EFTA-Länder mit der EU und den USA darum wetteifern, wer zuerst ein umfassendes Handelsabkommen mit ausgewählten attraktiven Entwicklungsländern abschliessen kann, fordern Nichtregierungsorganisationen aus der EU, den USA und den EFTA-Staaten, unterstützt von vielen internationalen Organisationen und Basisbewegungen weltweit, zunehmend ein Moratorium weiterer bilateraler Freihandelsabkommen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Neuere Studien* zeigen auf, dass die Industrieländer von einem solchen Freihandelsabkommen ungleich mehr profitieren – und dass ein bilaterales Freihandelsabkommen zwischen zwei solch ungleichen Partnern nicht zur gewünschten Win-Win-Situation führt.

Weitere Informationen erteilt gerne

Marianne Hochuli, Handelsexpertin Erklärung von Bern

044 277 70 11

*

- The EU-Mexico Free Trade Agreement Seven Years On. A warning to the global South. Transnational Institute and Mexican Action Network on Free Trade (RMALC), 2007.

- Wichterich, Christa, Economic Growth without Social Justice. EU-India Trade negotiations and their Implications for social Development and Gender Justice, Brussels 2007.